

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (0226) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 846 ppbn d



## Inhalt

40. Jahrgang / 54

19. März 1985

Karl Heinz Hiersemann MdL,  
Stellvertretender Vor-  
sitzender der bayerischen  
SPD, äußert Zweifel an  
den Tempo-Limit-Großver-  
suchen in Bayern: Ergeb-  
nisse schon vorprogram-  
miert? Seite 1

Karl Kronawitter MdL,  
Stellvertretender Bundes-  
vorsitzender der Arbeits-  
gemeinschaft für Arbeit-  
nehmerfragen in der SPD,  
verurteilt die Abschiebe-  
praxis von Ausländern:  
Erinnerung an Nazi-Zeit.  
Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB  
befaßt sich mit einem Ei-  
genlob der Bundesregie-  
rung in Sachen Energie-  
sparen: Mit fremden Federn  
geschmückt. Seite 4

### Buchbesprechung

"Arbeitsmarkt-Atlas der  
Bundesrepublik Deutsch-  
land. Arbeitslosigkeit,  
Ausbildung und Wirtschaft  
im regionalen Vergleich".  
Eine Rezension von Helga  
Wanke. Seite 5

### Zweifel an Tempo-Limit-Großversuchen

Sind die Ergebnisse in Bayern schon vorprogrammiert?

Von Karl Heinz Hiersemann MdL  
Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD

Die beste und einzige Antwort auf das Katalysator-Tohuwa-  
bohu, das die Bundesregierung nach zweijähriger Untätig-  
keit angerichtet hat, wäre eine sofortige Geschwindig-  
keitsbegrenzung: Tempo 100 auf Autobahnen und Tempo 80  
auf Landstraßen würden die Schadstoffe aus den Kraftfahr-  
zeugen deutlich vermindern.

Die Bundesregierung - unter beifälligen Nicken der Staats-  
regierung - freilich setzt auf Zeitgewinn. So, als könne  
man das Waldsterben für beliebige Zeit anhalten. Oder,  
wie Ministerpräsident Strauß meinte, auf ein paar Monate  
mehr oder weniger käme es jetzt auch nicht mehr an. Der  
gleiche Strauß übrigens, der die Schäden an den Wäldern von  
der Kanzel eines Hubschraubers aus begutachtete und er-  
wartungsgemäß nichts sah und dessen neueste Erkenntnis es  
ist, daß die Wälder halt biologisch ermattet sind.

Freilich sagen Kohl und Zimmermann nicht: Wir tun jetzt  
wieder ein Jahr nichts. Sie machen einen Tempolimit-Groß-  
versuch. Als ob es nicht bereits genügend Untersuchungen  
gibt, die alle belegen, daß Geschwindigkeitsbegrenzungen  
dem Wald helfen, weil sie die Stickoxidemissionen drücken.  
Aber wenn man ein gutes Jahr Großversuche macht, kann man  
wieder einmal alle Fünfe grad sein lassen.

Seit Ende Oktober des letzten Jahres läuft nun auch in  
Bayern das ab, was sich Großversuch nennt - auf vier von  
insgesamt 20 bundesdeutschen Teststrecken. Es sind die  
"Normalstrecken" Adelsried-Leipheim (auf der Autobahn  
München-Stuttgart) und Schäftlarn-Murnau (auf der Autobahn  
München-Garmisch-Partenkirchen), die "Saisonteststrecke"  
Nürnberg/Feucht-Altmühltal (Autobahn Nürnberg-München) und  
die "Saisonprüfstrecke" Altmühltal-Langenbruck (Autobahn  
Nürnberg-München).

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

Veröffentlicht von  
der Sozialdemokratischen  
Presseunion



Was auf diesen Strecken abläuft, ist freilich nicht unbedingt geeignet, die Zweifel an der Tauglichkeit dieser Untersuchung zu zerstreuen. So kommt es schon vor, daß Autofahrer trotz Tempo 100 rasen - weil niemand sie kontrolliert - und andere Verkehrsteilnehmer, die sich ans Tempolimit halten, sogar noch durch dichtes Auffahren und Anblinken zum Schnellerfahren zwingen wollen.

Eigene Erfahrungen - ich halte mich strikt an Tempo 100 beziehungsweise Tempo 80 - und mir weitergegebene Berichte haben mich veranlaßt, einen Bericht über die bayerischen Versuchsstrecken im Sicherheitsausschuß zu verlangen. In einem Brief habe ich den Ausschußvorsitzenden Beckstein (CSU) gebeten, zu veranlassen, daß im Sicherheitsausschuß "ein genauer Bericht über die Organisation und die Durchführung des Versuchs in einer der nächsten Sitzungen" gegeben wird.

Von besonderem Interesse ist für mich wie und in welcher Intensität das Tempolimit von der Polizei überwacht wird. Liegen bereits Erkenntnisse über das Fahrverhalten der Autofahrer in diesen Bereichen vor? Welche Resultate haben die Geschwindigkeitskontrollen bisher gebracht? Gleichermäßen interessiert mich, mit welchen Methoden und mit welcher Zuverlässigkeit der Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge vom Technischen Überwachungsverein gemessen wird.

Nach meiner Meinung ist nicht auszuschließen, daß der ganze Großversuch so angelegt ist, daß ein Ergebnis gegen ein Tempo-Limit herauskommt. Beispielsweise, daß die Autofahrer trotz Geschwindigkeitsbegrenzung kaum langsamer fahren (weil sie nicht kontrolliert werden). Oder daß der Versuch zu dem Ergebnis kommt, daß die Schadstoffbelastung nicht nennenswert absinkt (weil sich eben zu wenige an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten). Schon nachdenklich muß es stimmen, daß das Autobahnstück Nürnberg/Feucht-Altmühltal "Saisonteststrecke" ist, auf dem es gerade zur "Saison" besonders zugeht. Das vergleichsweise ruhige Autobahnstück Altmühltal-Langenbruck dagegen ist nur "Prüfstrecke" zu Vergleichszwecken, obwohl dort kontrollierte Geschwindigkeitsbegrenzung die Durchschnittsgeschwindigkeit absenken würde. Möglicherweise sind die Vorgaben für den TÜV schon so beschaffen, daß selbst genaueste und objektivste Messungen des TÜV das tatsächliche Gesamtbild verfälschen.

Genauere Informationen will ich aber auch über die Meßzuverlässigkeit: Schließlich kann eine Meßgenauigkeit von plus/minus fünf Prozent die tatsächlich erreichte Schadstoffverminderung halbieren oder verdoppeln. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich gegen den Tempolimit-Großversuch bin: Der Versuch ist überflüssig, weil es bereits ausreichende Nachweise für die Vorteile der Geschwindigkeitsbegrenzung gibt. Der Versuch kostet viel Geld, das besser direkt zur Rettung des Waldes eingesetzt wird; die 32 Millionen Mark könnten beispielsweise als Zuschüsse an die Kommunen für umweltschützende Maßnahmen gegeben werden. Der Versuch kostet viel Zeit, die wir bei der Rettung des Waldes nicht mehr haben.

(-/19.3.1985/rs/ks)

+ + +



Erinnerungen an die NS-Zeit wachgerufen

Die Abschiebep Praxis ist unerträglich geworden

Von Karl Kronawitter MdL

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen  
in der SPD (AFA)

Bundesausschuß der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA) fordern von der Bundesregierung und von der Lufthansa den Stop der bisherigen Abschiebep Praxis von Ausländern. Es ist unerträglich und gesetzwidrig, daß dem Flugpersonal der Luftlinien, insbesondere der Lufthansa, Aufgaben zugewiesen werden, die weit über deren Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich hinausgehen.

So ist es den Stewardessen, Stewards und Pursern nicht zuzumuten, die Rolle von Bewach- oder Begleitpersonal zu übernehmen. Auch die Flugkapitäne müssen eine Verantwortung übernehmen, die sie im Hinblick auf das übrige Flugpersonal und vor allem die Passagiere nicht übernehmen können.

Es liegen der AFA Fälle vor, die nach den Normen des Grundgesetzes zu verurteilen sind. Es hat Fälle gegeben, in denen Menschen in Länder abgeschoben wurden, die eindeutig von Diktaturen beherrscht werden. Üble Szenen in denen Deportierte auf den Flughäfen dieser Länder in Empfang genommen werden, haben dazu geführt, daß sich die Kabinenbesatzungen wie Transporteure der Menschen zum Schafott vorkommen. Es ist verständlich, daß sich das moralische und politische Gewissen der Kolleginnen und Kollegen in den Flugzeugen wehrt, vor allem weil Erinnerungen an Verfolgungen während der NS-Zeit aufkommen.

Es werden auch Personen in die Flugzeuge gesetzt, bei denen der Eindruck entsteht, daß sie durch Medikamente in ihren Reaktionen beeinträchtigt sind. Da diese Personen, die abgeschoben werden sollen, meistens sehr kurzfristig von den Behörden gebracht werden, ist es den Flugkapitänen auch nicht möglich, die betroffenen Deportees zu befragen, ob sie gegen ihren Willen das Land verlassen und ob zum Beispiel Asylverfahren abgeschlossen sind.

Die gängige Abschiebep Praxis beinhaltet nach unserer Auffassung schließlich auch Gefahren für Leib und Leben der Besatzungen und der Passagiere. Diese Praxis ist wohl kaum mit dem Grundgesetz vereinbar. Um die in diesem Zusammenhang auftretenden schwierigen Fragen der Deportation sowie auch der ankommenden Asylanten zu klären, fordert die AFA die Bildung einer Kommission. In dieser Kommission müßten folgende Institutionen vertreten sein: Bundes- und Länderinnenminister sowie die dazugehörigen Polizeorganisationen, die betroffenen Luftverkehrsgesellschaften und Flughafengesellschaften, die Vertretungen der Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, kirchliche und humanitäre Hilfsorganisationen sowie Landes- und Bundesparlamentarier.

Bei künftigen Regelungen muß auch ein Unterschied in der Abschiebep Praxis gemacht werden, wenn es sich bei den Adressaten um demokratische Länder handelt oder um undemokratische Staaten. Das Grundgesetz der Bundesrepublik, wurde auch von Menschen formuliert, die selbst noch erleben mußten, wie es denen ergehen kann, die in einen Unrechtstaat zurückgeschickt werden. Das Grundgesetz legt den verantwortlichen Stellen der Bundesrepublik Pflichten auf. Das darf nicht in Vergessenheit geraten.

(-/19.3.1985/va/ks)

+ + +



Fremde Federn  
-----

Die Bundesregierung rühmt sich mit Energiemaßnahmen ihrer Vorgängerin

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Vom "umfassenden Energiesparprogramm der Bundesregierung" und "nachhaltigen Erfolgen" in der Energiesparpolitik hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung (CDU), in der Beantwortung von Anfragen großspurig gesprochen.

Die Frage liegt nahe: Wann hat denn die Bundesregierung dieses Programm beschlossen und wo ist es veröffentlicht.

Staatssekretär Grüner (FDP) vom gleichen Ministerium interpretiert seinen Kollegen: Sprung habe die seit 1973 von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen gemeint, bis hin zur 3. Fortschreibung des Energieprogrammes vom September 1981. Die Erfolge seien nachgewiesen im "Bericht über Stand und Ergebnisse von Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung" vom September 1982.

Alle erwähnten Maßnahmen bis hin zum Erfolgsbericht stammen aus Zeiten der sozialliberalen Koalition.

Man sieht also: Die Bundesregierung hat in Sachen Energiesparen nichts vorzuweisen. Sogar bei der Erfolgsbilanz muß sie auf Arbeiten der sozialliberalen Koalition zurückgreifen.

Die Bundesregierung schmückt sich mit fremden Federn. Aus energiepolitischer Sicht eine traurige Bilanz, zumal wenn man bedenkt, daß sie wesentliche Maßnahmen zur Förderung des Energiesparens eingestellt oder eingeschränkt hat.

(-/19.3.1985/rs/ks)

+ + +



### B U C H B E S P R E C H U N G

Arbeitsmarkt-Atlas Bundesrepublik Deutschland. Arbeitslosigkeit, Ausbildung und Wirtschaft im regionalen Vergleich. Herausgegeben von Dr. Jürgen Bollmann, Freie Universität Berlin. Format 17 x 23 cm, 154 Seiten, 64 mehrfarbige Karten, 15 Abbildungen, DM 30. Erschienen im Kirschbaum Verlag, Bonn.

Arbeitsmarkt-Atlas der Bundesrepublik Deutschland  
-----

Die Massenarbeitslosigkeit ist für die Bundesrepublik Deutschland wie für andere westeuropäische Staaten das zentrale innenpolitische Problem der achtziger Jahre. Seit zehn Jahren herrscht in der Bundesrepublik Deutschland eine anhaltend negative Beschäftigungssituation; seit 1983 liegt die Zahl der Arbeitslosen über zwei Millionen im Jahresdurchschnitt und wird, allen Prognosen zufolge, künftig eher noch ansteigen als fallen. In den Perspektiven zur Arbeitsmarktentwicklung für den Zeitraum 1980 bis 2000 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit werden zum Beispiel, selbst bei einer unterstellten jährlichen Wachstumsrate von zwei bis 2,5 Prozent, drei bis 3,5 Millionen Arbeitslose für das Jahr 1987 prognostiziert.

Die Massenarbeitslosigkeit hat heute bereits tiefe Spuren im sozialen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik hinterlassen: Nach Schätzung des IAB waren zwischen 1974 und 1983 rund 12,5 Millionen verschiedene Personen einmal oder mehrmals vorübergehend arbeitslos gemeldet. Bezogen auf die Erwerbspersonen in diesem Zeitraum bedeutet dies, daß jede dritte Erwerbsperson in den letzten zehn Jahren mindestens einmal arbeitslos war. Arbeitslosigkeit ist damit zu einer Massenerfahrung geworden.

Das bedeutet aber auch: Die Ursachen der Arbeitslosigkeit können nur aufgedeckt werden, wenn ihre Struktur analysiert und die Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre auf ihre beschäftigungspolitische Wirksamkeit hin überprüft werden. Das wirft einerseits die Frage nach entsprechenden Analysen auf. Es ist andererseits zu vermuten, daß selbst in der informierten Öffentlichkeit noch erschreckende Informationslücken bestehen, obwohl die Arbeitslosigkeit längst zu einem Massenphänomen geworden ist.



Daß es bei der Arbeitslosigkeit regionale Unterschiede gibt (Nord-Süd-Gefälle) ist bekannt. Aber welche sozialen, wirtschaftlichen und demographischen Daten stehen dahinter? Warum haben Arbeitnehmer in Baden-Württemberg mit relativ geringen berufsqualifizierenden Voraussetzungen eher die Chance, einen Arbeitsplatz zu finden, als hochqualifizierte Arbeitskräfte in Bremen? Warum sind in Norddeutschland mit dem höchsten schulischen Bildungsstand mehr Menschen arbeitslos als in Süddeutschland? Welche Möglichkeiten gibt es in Ballungsgebieten, im Zonenrandgebiet, an der Nordseeküste oder in einem ganz bestimmten Arbeitsamtsbezirk Arbeit zu finden?

Mit diesen und ähnlichen Fragen befaßt sich der "Arbeitsmarkt-Atlas Bundesrepublik Deutschland". Auf der Grundlage der 141 Arbeitsamtsbezirke der Bundesrepublik und Berlin wird in farbigen Karten die regionale Struktur des Arbeitsmarktes durchsichtig gemacht. Durch die graphische Verbindung von zwei oder drei Themen in jeweils einer Karte kann der Betrachter Zusammenhänge zwischen verschiedenen Arbeitsmarktfaktoren herstellen. Sämtliche Karten werden durch kurze Interpretationshilfen kommentiert.

Den verschiedenen Themengruppen vorangestellt sind allgemeinverständliche Einleitungen, zum Beispiel: "Wirtschafts- und Beschäftigungssituation", "Struktur des Arbeitsmarktes", "Problemgruppen", "Jugendarbeitslosigkeit", "Bildungs- und Ausbildungssituation". Von besonderem Interesse dürfte der Abschnitt "Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit" sein. Hier zeigen sich erstaunliche Unterschiede zwischen den einzelnen Arbeitsamtsbezirken. Anders ausgedrückt: Die Chance, an einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung, an Informations- und Motivationskursen teilzunehmen, hängt für den Arbeitslosen offenbar in erster Linie davon ab, wo er wohnt...

Rasche Antworten auf die Frage nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Auch der Atlas hält sie nicht parat. Was er leistet, ist die übersichtliche Aufbereitung regionaler Daten. So trägt er dazu bei, den Informationsvorsprung von Insidern abzubauen. Er ermöglicht der Öffentlichkeit, den Verwaltern der Arbeitslosigkeit und den politisch Verantwortlichen präzise Fragen zu stellen. Zugleich weist er aber auch die Richtung, in der Antworten zu suchen sind: Den differenzierten regionalen Problemen ist offenbar nicht mit globalen Rezepten, sondern nur mit regional bezogenen Aktivitäten beizukommen.

Nicht zuletzt soll der Atlas auch dem Arbeitnehmer ganz konkrete Hilfestellung leisten, zum Beispiel bei der Entscheidung über einen Wohnsitzwechsel. Hier sollte die regionale Arbeitsmarktsituation nicht außer acht gelassen werden.

Der Atlas wurde in Zusammenarbeit mit Fachwissenschaftlern aus den Bereichen für berufliche Bildung (Bundesinstitut für Berufsbildung), Wirtschaftsforschung (Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung) und Arbeitsmarktpolitik (geographisches Institut der FU Berlin) in der Fachrichtung Kartographie der FU Berlin hergestellt. Sämtliche Karten und Abbildungen sind mit Hilfe der Computertechnik konstruiert und gezeichnet worden - eine Premiere im Bereich der Atlasherstellung.

Helga Wanke

(-/19.3.1985/rs/ks)

+ + +

